

1. Wofür treten wir an

Die gesetzliche Rente ist ein zentrales Versprechen unseres Sozialstaates. Viele, die jetzt die gesetzliche Rente kaputt reden, tun das im Interesse der Finanzwirtschaft. Aber für Jung und Alt muss gelten, dass man nach einem Leben voller Arbeit eine ordentliche Rente bekommt. Die Geschichte, die Rentenkassen stünden vor dem Kollaps, stimmt nicht. Der beste Weg, die Renten stabil zu halten, sind steigende Löhne und zukunftsfeste Arbeitsplätze. Wenn es in Deutschland viele Jobs mit ordentlichen Löhnen gibt, ist die Rente sicher. Dafür werden wir sorgen und damit ein gutes Rentenniveau garantieren. Und: Eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters lassen wir nicht zu. Dafür steht nur die SPD. Wir sichern den Lebensstandard und verhindern Altersarmut durch Stabilität, Beständigkeit und Solidarität

Stabilität und Beständigkeit bedeuten:

- Stabiles Rentenniveau von mindestens 48%.
- Stabile Rentenbeiträge: Die Rente muss gerecht finanziert werden. Die Beitragszahlenden dürfen nicht überfordert werden. Höhere Einkommen müssen über Steuerzuschüsse an der solidarischen Finanzierung beteiligt werden.
- Keine Anhebung des Renteneintrittsalters!
- Eine ergänzende betriebliche oder private Altersvorsorge wird bei beruflichen Veränderungen nicht mehr verloren gehen.

Solidarität bedeutet:

- Wir wollen Schritt für Schritt auch Selbstständige, Beamte und Politiker*innen in das gesetzliche Rentenversicherungssystem einbeziehen. Alle Menschen, die Einkommen haben, sollen mit der Zeit nach ihren Kräften an der Finanzierung der Rente beteiligt werden. Wir werden langfristig ein System schaffen, das für alle gerecht ist.
- Zusammenlegung der Sondersysteme mit einer Garantie für die erworbenen Ansprüche: Beamt*innen, Berufspolitiker*innen usw. sollen solidarisch in die Rente einzahlen und keine Verluste bei ihren erworbenen Ansprüchen haben.

2. Was uns von unseren politischen Mitbewerbern unterscheidet

CDU und CSU stehen für eine Schwächung der gesetzlichen Rentenversicherung. Wer CDU oder CSU wählt, bekommt eine als Flexibilisierung getarnte **Erhöhung des Renteneintrittsalters** und eine als generationengerecht verkaufte **Absenkung des Rentenniveaus**. Wer das Renteneintrittsalter erhöht, verschlechtert die Rentenleistungen für die Jüngeren, die nicht mehr der Babyboomer-Generation angehören. CDU und CSU bekennen sich ausdrücklich nicht zur Stabilisierung des Rentenniveaus. Das heißt im Klartext: Nach 2025 wird das Rentenniveau sinken, wenn CDU und CSU regieren. Anstatt in die Rente zu investieren, will die Union 30 Milliarden Euro Steuersenkungen für Spitzenverdiener.

Mehr Solidarität in der Alterssicherung durch Einbeziehung von weiteren Gruppen in die Rentenversicherung ist mit CDU und CSU ebenfalls nicht zu machen. So wollen CDU und CSU an den Sondersystemen der Altersvorsorge insbesondere für Beamte und Abgeordnete festhalten und sie nicht mit den Regelsystemen zusammenführen.

Anders als wir wollen sie die Leistungen bei Erwerbsminderung erst ab dem Wechsel in die Altersrente verbessern. Verbesserungen bei der Anerkennung von Pflegezeiten sind kein Thema für CDU und CSU.

Mit den Grünen **stimmen wir in vielen Punkten der Rentenpolitik überein**. Es gibt jedoch Unterschiede: Die Grundrente gibt es bei uns schon ab 26 Rentenpunkten. Die grüne Garantierente soll erst ab 30 Rentenpunkten gelten. Das wäre eine Verschlechterung.

3. Für wen machen wir das

Wer profitiert schon jetzt von unserer Rentenpolitik:

- 45 Mio. Beschäftigte, die einen stabilen Rentenbeitrag haben.

- 20 Mio. Rentner*innen, die ein stabiles Rentenniveau haben.
- 10 Mio. Mütter und Väter, die für die vor 1992 geborenen Kinder zusätzliche Entgeltpunkte bekommen.
- 4 Mio. Betriebsrentner*innen, die von der Entlastung bei den Beiträgen zur GKV profitieren.
- 1,3 Mio. Rentner*innen, die eine Grundrente nach 35 Beitragsjahren bekommen.
- 170.000 künftige Erwerbsminderungsrentner*innen, die eine höhere Erwerbsminderungsrente bekommen werden.

In der Zukunft: Es profitieren alle Erwerbstätigen, außer Versicherungslobbyisten!

4. Was haben wir bereits erreicht

- **Grundrente:** Eine höhere Rente der langjährig Versicherten mit niedrigen Einkommen.
- **Rentenpakt:** Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung - Stabiles Rentenniveau und Rentenbeiträge bis 2025
- **Digitale Renteninformation:** Alle Bürgerinnen und Bürger können sich über ihre individuelle Absicherung im Alter informieren können und so eine Gesamtübersicht über ihre Altersversorgung erhalten.
- **Mehr Schutz bei Erwerbsunfähigkeit:** Menschen, die seit Januar 2019 aus gesundheitlichen Gründen nur noch ganz wenig oder gar nicht mehr arbeiten können, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente. Dafür wird die sogenannte Zurechnungszeit angehoben.
- **Erhöhung der Mütterrente:** Wir haben die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei Müttern oder Vätern vor 1992 geborener Kinder deutlich verbessert.
- **Stärkung der Betriebsrenten:** Wer eine Betriebsrente bekommt und Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zahlt, hat seit 2020 im Schnitt 300 Euro mehr im Jahr.

5. Warum die SPD gebraucht wird

Die Menschen müssen sich auf die gesetzliche Rente verlassen. Sie spiegelt den Wert der Arbeit wider. Wir sorgen dafür, dass aus guter Arbeit auch eine gute

Rente folgt. Die SPD wird gebraucht für eine stabile gesetzliche Rente und eine kontinuierlich geförderte ergänzende Altersvorsorge. Die SPD wird gebraucht als JA-Sagerin zum stabilen Rentenniveau und NEIN-Sagerin zur Anhebung des Renteneintrittsalters. Wir erkennen die Lebensleistung an! Das ist für uns eine Frage des Respekts!

Ergänzende Punkte:

Wir stehen für eine Politik, die dafür sorgt, dass die gesetzliche Rente die tragende Säule der Alterssicherung bleibt. Die private und betriebliche Vorsorge kann die gesetzliche Rentenversicherung nur ergänzen, nicht ersetzen.

Zur betrieblichen Rente:

- Unser Ziel ist es, dass deutlich mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersvorsorge abgesichert sind. Dabei sollten tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen bevorzugt werden. Hierzu setzen wir uns für die vollständige Abschaffung der Vollverbeitragung sowie der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten ein.
- Eine betriebliche oder private Altersvorsorge darf bei Veränderungen nicht mehr verloren gehen. Jobwechsel, vorübergehende Arbeitslosigkeit oder Auslandsaufenthalte gehören zur Normalität und dürfen keinen negativen Einfluss auf die Alterssicherung haben.

Zur privaten Rente:

- Wir wollen beim klassischen Altersvorsorgevertrag („Riester“) bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten absenken. Bestandsschutz ist dabei zu gewährleisten.
- Wir setzen uns für ein neues standardisiertes Altersvorsorgeprodukt ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend angeboten wird und eine höhere Rendite als die bestehenden Riesterprodukte ermöglicht.

Erwerbsminderungsrente:

- Niemand darf wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen in Armut geraten. Wir werden die Leistungen bei den Erwerbsminderungsrentner*innen erhöhen, die nicht von den Verbesserungen erreicht wurden, die wir seit 2014 vorgenommen haben.

Pflegende Angehörige:

- Langjährige Pflege von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern ist gelebte Solidarität. Wir wollen, dass sie zu höheren Rentenansprüchen führt

Härtefallfonds Rentenüberleitung:

- Hieran arbeiten wir bis zuletzt: Für DDR-Zusatzrenten, Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge - einmalige Zahlung zwischen 2.500 und 10.000 Euro für alle, deren Einkommen nah an der Grundsicherungsgrenze liegen. Endlich eine Lösung für ein Problem, das noch die Kohl- Regierung verursacht hat.